

Mehr Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik wagen

von Norbert Sievers

Wirtschaftliches Wachstum ist seit langem der Zentralbegriff der Politik und der Motor für alle gedeihlichen gesellschaftlichen Entwicklungen: mehr Wohlstand, mehr Teilhabe, mehr Kultur. Alles hängt am Tropf der Ökonomie und des fortwährenden Steigerungsspiels. Deshalb besteht das erste Ziel aller Politik darin, diesen Prozess zu intensivieren und die politischen Programme daraufhin zu bewerten, ob sie Wachstum generieren oder zumindest als Investition zu legitimieren sind. Für Bildung und Kultur gilt dies allemal, werden sie doch als Rohstoffe unseres Landes gesehen. Wer wollte dies bestreiten. Doch kann man dieser Reduktion der Gesellschaftspolitik auf Wirtschaftspolitik vorbehaltlos zustimmen? Zweifel müssen erlaubt sein – gerade, wenn es um Kultur, insbesondere, wenn es um Kulturpolitik geht.

Je mehr wirtschaftliches Wachstum zum Zentralbegriff der Gesellschaftspolitik wird, umso mehr werden andere politische Themen in den Hintergrund gedrängt. Schon lange mangelt es im kulturpolitischen Diskurs an einem Gesellschaftsbegriff, in dem die Frage Relevanz hat, wie wir in Zukunft leben wollen. Das Fehlen sozialer und kultureller Werte wird beklagt. Doch wo sollen sie herkommen, wenn sie nicht formuliert und kommuniziert werden? Wachstum hat als Begriff keine programmatische Qualität und repräsentiert keine Werte. Auch als politisches Ziel wird er fragwürdig, wenn es immer weniger gelingt, dadurch tatsächlich Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität für alle zu sichern. Überdies werden die Folgeschäden immer offensichtlicher. Wenn aber Wachstum als Begriff keine Begeisterung mehr auslöst und keine Steigerung der Glücksmöglichkeiten für den Einzelnen mehr verspricht, verliert auch eine Kulturpolitik an emphatischer Qualität, die sich damit in Verbindung bringt. Über Kulturpolitik *nur* als Wirtschaftspolitik zu reden, greift zu kurz. Dafür lohnt sich der Diskurs nicht. Was nicht bedeutet, dass man nicht *auch* darüber reden sollte. Die Engführung und die Begriffswahl sind das Problem. Kultur als Investition? Wen soll diese Formel begeistern? Sie greift entschieden zu kurz, vor allem, wenn es – wie aktuell – um Verteilungsfragen geht. Investiv soll schließlich alles wirken. Kulturpolitik muss die Fragen nach ihrem gesellschaftlichen Sinn und ihrer politischen Legitimation schon prä-

ziser beantworten und genauer sagen können, was für wen warum wichtig ist. Das geschieht zu wenig. Ein kulturpolitisches Argument, das in der Spardebatte immer wieder vorgebracht wird, lautet: Wir dürfen keine Kultureinrichtung schließen, denn damit wird sie für immer verschwinden, eine Neueröffnung zu einem späteren Zeitpunkt ist sehr unwahrscheinlich. Mit anderen Worten: Es muss bleiben, was ist. Eine solche Argumentation ist verständlich. Aber steckt dahinter nicht auch die Angst vor Veränderung? Statt dauernd den Substanzverlust zu beklagen, der eintreten würde, wenn Kultureinrichtungen geschlossen werden, sollte mehr Argumentationsenergie auf die Fragen verwandt werden, was die Gesellschaft denn in Zukunft an kulturellen Orten braucht und was eine lebendige Stadt ausmacht. Die Öffentlichkeit wartet auf solche Erklärungen und will nicht immer nur Klagen hören – und dies zu Recht. Gerade in Zeiten der Krise muss Kulturpolitik schon inhaltlich überzeugende Argumente vortragen und die Frage behandeln, wie die veränderten Ausgangslagen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen bei kulturpolitischen Planungen berücksichtigt werden können. Wie beeinflussen Digitalisierung und Internet das Leben der Menschen? Welche neuen kulturellen Orientierungen erwachsen daraus? Was bedeutet die demografische Entwicklung für die Kulturpolitik? Was folgt aus der Tatsache, dass immer weniger Menschen einen Normalarbeitstag leben können? Welche Bedeutung hat die Erosion familiärer Netzwerke für die kulturelle Sozialisation? Wie wirkt sich die zunehmende Interkulturalität aus? Die Gesellschaft verändert sich, und diese Veränderung hat unmittelbare Relevanz für die Kulturpolitik und die Nutzung der Kulturangebote.

Angesichts der Herausforderungen der Zukunft ist ein weiteres quantitatives Wachstum der kulturellen Programme und Einrichtungen nicht unbedingt von Vorteil. Es bindet viele Mittel und blockiert womöglich neue Wege. Allein die bestehende kulturelle Infrastruktur aufrecht zu erhalten, kostet von Jahr zu Jahr mehr Geld. Neue Angebote, die die gleiche Zielgruppe der kulturinteressierten Vielnutzer im Auge haben, verursachen in der Regel noch mehr Kosten und belasten die Legitimation der Kulturpolitik, weil immer mehr Geld für eine vergleichsweise kleine Gruppe von Menschen ausgegeben

wird, die zur Kultur auch andere Wege finden könnte, während die Mehrheit der Menschen außen vor bleibt. Der Zusammenhang von sozialer Exklusion und kultureller Ausschließung verfestigt sich so paradoxerweise umso mehr, je mehr kulturelle Angebote geschaffen werden. Das ist fatal. Gleichzeitig wird es in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen und sozio-ökonomischen Entwicklung sowie der Veränderung der kulturellen Präferenzen in der jüngeren Generation voraussichtlich einen Rückgang der Nachfrage nach öffentlich finanzierten Kulturangeboten geben, insbesondere im Bereich der Klassik. Das »Kultur tragende Bildungsbürgertum« differenziert sich aus und schrumpft und verliert deshalb für die Kultureinrichtungen als zentrale Referenzgruppe tendenziell an Bedeutung. Mit anderen Worten: Der Kulturpolitik könnte die Sozialstruktur wegbrechen, die ihre Einrichtungen bislang gefüllt hat. Die Kulturpolitik ist dadurch gezwungen, über neue Inhalte, Angebotsformate und -strukturen im kulturellen Bereich nachzudenken.

Kulturpolitik muss sich mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen und sich darauf einstellen, wenn sie den Anspruch ernst nehmen will, ihr Handlungsprogramm auch als Gesellschaftspolitik zu begreifen. Ohne Gesellschaftsanalyse und programmatische Neuausrichtung wird sie diesem Anspruch nicht gerecht werden. Wer keine Vorstellung davon hat, wie die Gesellschaft in zwanzig oder dreißig Jahren aussieht oder aussehen könnte, kann keine sinnvollen kulturpolitischen Entscheidungen fällen, die in diese Zeit hineinreichen. Interessenpolitik, die sich am Status quo orientiert, ist dabei allein nicht hilfreich. Auch in Zeiten des Sparens, vielleicht sogar gerade jetzt, müssen Entwicklungsrichtungen und -alternativen diskutiert werden dürfen, ohne sich umgehend dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen, dadurch nur die Sparkommissare zu stärken. Kulturpolitik muss, wie alle Politik, sich daran messen lassen, ob und inwieweit sie Wege in die Zukunft weist. Das bedeutet nicht, Rotstiftpolitik und Kulturabbau das Wort zu reden, sondern die Bereitschaft zur weiteren Modernisierung und Transformation einer teilweise überkommenen kulturellen Infrastruktur offen zu halten. Um der Zukunft der Kultureinrichtungen willen sollte wieder mehr Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik gewagt werden.